

Die 'NS-Machtergreifung' in Detmold

1. Der Aufstieg der NSDAP und die Gleichschaltung der politischen Gremien in Detmold.

Die Machtergreifung, besser Machtübernahme und Machtdurchsetzung, der Nationalsozialisten in Rat und Verwaltung der Stadt Detmold war kein spontaner oder gar revolutionärer Akt wie das Wort 'Ergreifung' und die zeitgenössische NS-Propaganda suggerieren, sondern ein längerer Prozeß, der sich vom Februar 1932 bis zum Frühjahr 1933 hinzog. In diesem Zeitraum gelang es den Nationalsozialisten schrittweise auf (pseudo)legalem Wege sowie durch den Druck der Straße, die Macht in der Residenzstadt vollständig zu erobern, die politischen Gremien gleichzuschalten, ihre Gegner einzuschüchtern und auszugrenzen sowie die Verwaltung zu 'säubern'.

Erste Wahlerfolge

Der rasante Aufstieg der NSDAP in Detmold läßt sich zeitlich in das Jahr 1930 verorten. Zählte die Detmolder NS-Ortsgruppe zu Beginn jenes Jahres mindestens 25 Mitglieder, so waren es Ende des Jahres, nach der Reichstagswahl vom 14. September, die der NSDAP reichsweit zum Durchbruch verholfen hatte, bereits 182.¹

Konnte die Wahlliste der NSDAP in der Landeshauptstadt, mit ihrem Spitzenkandidaten, dem Kaufmann Carl Herdejost,² nur ganze 254 Stimmen bei der Kommunalwahl im Januar 1928 auf sich vereinigen und war somit nur eine bedeutungslose Splitterpartei unter mehreren, so verelfachte sich bei der Kommunalwahl vom Januar 1932 ihre Stimmenzahl auf dem Höhepunkt von Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit in Lippe wie im Reich auf 2884, was rund 32% der abgegebenen gültigen Stimmen in der Beamten- und Pensionärsstadt entsprach.³ Die NSDAP war hinsichtlich der Wählerstimmen mit Abstand bedeutendste politische Kraft in der während der Weimarer Zeit bei Kommunalwahlen stets bürgerlich-nationalkonservativ ausgerichteten protestantischen Kleinstadt Detmold geworden. Die SPD folgte 1932 als zweitstärkste Kraft weit abgeschlagen mit 1358 Wählern und Wählerinnen. Die Zahl der NSDAP-Mandate in der 24köpfigen Stadtverordnetenversammlung stieg von null auf acht.⁴ Für die NSDAP zogen folgende Männer in das Stadtparlament ein: der

Studienrat Fritz Friedrichs, der Tischler Heinrich Glänzer, der Reisende Willi Gößling, Major a.D. Hans von Donop, der Rechtsanwalt Ernst Tölle, der Kellner Walter Gottschalk, der Gastwirt Carl Kuthe sowie der Großhändler Artur Weber. Im Laufe des Jahres rückten der Werkmeister Willi Brand der Hotelier Heinrich Sauer jun. und der Kaufmann Emil Aretz nach.⁵ Bezeichnenderweise befand sich kein Arbeiter und keine Frau unter den genannten elf Mandatsträgern! Die Arbeit der NS-Fraktion zeichnete sich nach Ausweis der gesamten nichtnationalsozialistischen lippischen Presse in den folgenden Monaten durch polemische und effektheischerische Anträge, unerfüllbare Forderungen, rüpelhafte Auftritte und Unfähigkeit einzelner Mitglieder aus; ferner durch die gemeinsame Abwahl des Stadtrates mit den Linksparteien am 4. Oktober 1932.

Der Detmolder Stadtrat (Magistrat) setzte sich gemäß § 50 des lippischen Gemeindeverfassungsgesetz von 1927 aus dem hauptamtlichen Oberbürgermeister als dem Chef der Verwaltung, seinem hauptamtlichen Stellvertreter, beide auf zwölf Jahre gewählt, und weiteren sechs ehrenamtlich arbeitenden Stadträten, die ebenfalls von den Stadtverordneten auf Dauer der Legislaturperiode gewählt wurden (§ 51), zusammen. Langjähriger Oberbürgermeister zu jener Zeit war Dr. Emil Peters; sein Vertreter Bürgermeister Dr. Heinz Drogenkamp. Beide waren parteilos, aber dem konservativen politischen Spektrum zuzuordnen. Beide sollten die NS-Machtübernahme in Detmold politisch auf Dauer nicht überleben. Zu Stadträten wurden mit dem Volksschullehrer i.R. Ludwig Koch, dem Werkmeister Willi Brand sowie dem Steuerobersekretär Emil Wunder drei NSDAP-Vertreter seitens der neuen Stadtverordnetenversammlung im Februar 1932 gewählt. Dabei votierten auch die Abgeordneten der bürgerlichen Parteien, die ebenfalls drei Vertreter in den Stadtrat entsenden konnten, für die NS-Kandidaten, während die sechs Mandatsträger der beiden Linksparteien dagegen stimmten. Die drei NS-Vertreter legten im September 1932 ihre Ämter nieder und wurden im folgenden Monat (17.10.) durch den Diplomkaufmann Hans Keller, den Steuerinspektor Friedrich August Bähre sowie den Kaufmann Martin Flaskamp ersetzt.⁶

Der Aufstieg der NSDAP in Detmold sollte sich in den Wahlen des Jahres 1932/33 – mit Ausnahme der Reichstagswahl vom 6. November 1932 – weiter fortsetzen. Bei der letzten, nur noch sehr bedingt freien Wahl, der Reichstagswahl vom 5. März 1933, die allerdings auch in Detmold durch die massiven Behinderungen des Wahlkampfes der beiden Arbeiterparteien überschattet war, errang die Hitlerbewegung in der lippischen Landeshauptstadt 4905 Stimmen. Dieses Resultat entsprach knapp 45% der abgegebenen gültigen Stimmen und lag damit zwischem dem der NSDAP im Reich (43,9%) und dem in Lippe (47,1%).⁷

Beginn des Terrors

Nach der Machtübernahme der NSDAP im Reich am 30. Januar 1933 wurden mit der Reichstagsbrandverordnung, der Verordnung zum Schutz von Volk und Staat vom 28. Februar 1933,⁸ die Grundrechte weitgehend außer Kraft gesetzt und der permanente Ausnahmezustand begründet, der bis zur Befreiung im Jahre 1945 anhalten sollte. Die neuen Machthaber konnten z.B. über die Polizeiorgane ohne richterliche Kontrolle Personen auf unbestimmte Zeit inhaftieren und Hausdurchsuchungen durchführen lassen oder Zeitungen verbieten. Erste Opfer dieser Maßnahmen waren auch in Detmold die Kommunisten mit ihrem Stadtverordneten Ziegenbein an der Spitze. Ihre Wohnungen wurden frühmorgens am 1. März 1933 auf Anordnung des Landespolizeidirektors durchsucht und das dort vorgefundene Propagandamaterial beschlagnahmt.⁹ In den Tagen und Wochen danach kamen die ersten Kommunisten, Sozialdemokraten, Gewerkschaftler sowie Juden in sogenannte 'Schutzhaft'. Sie wurden zumeist von Hilfspolizisten, in der Regel lokalen SA-, SS- und Stahlhelmleuten, inhaftiert. Das Schutzhaftgefangenenbuch des Detmolder Landgerichtsgefängnisses führt für den Zeitraum vom 2. März bis 29. Dezember 1933 457 Eintragungen auf, darunter auch einige Mehrfacheintragungen wie die des ehemaligen Landespräsidenten Heinrich Drake. Menschen, die Opfer jenes staatlich legitimierten Terrors von unten geworden waren.¹⁰

Neue Mehrheitsverhältnisse

Aufgrund des vorläufigen Gesetzes zur Gleichschaltung der Länder mit dem Reich vom 31. März und des dazu ergangenen lippischen Ausführungsgesetzes vom 3. April kam es auch zu einer Veränderung in der Zusammensetzung der lippischen Gemeindeparlamente.¹¹ Arithmetische Grundlage für die personelle Neuordnung und Gleichschaltung bildete das Ergebnis der Reichstagswahl vom 5. März 1933 im jeweiligen Wahlbezirk, wobei die Stimmen für die KPD kassiert wurden. Die gleichgeschaltete nunmehr achtzehnköpfige Detmolder Stadtverordnetenversammlung bestand ab dem 25. April statt aus acht nunmehr aus zehn Vertretern der NSDAP, vier Abgeordneten der SPD sowie vier Mandatsträgern der bürgerlichen Parteien. Die absolute Mehrheit der NSDAP wurde so sichergestellt. Davon machte die Partei auch sofort rücksichtslos Gebrauch. Die vier Vertreter der SPD sahen sich von der Mitarbeit in den wichtigen Ausschüssen ausgeschlossen und legten bereits am 28. April – noch vor der ersten Sitzung – konsequenterweise ihre Mandate nieder, während die vier Vertreter der bürgerlichen Parteien, gegen die in der lokalen NS-Presse übel agitiert wurde, noch z.T. bis 1934 im Amt verblieben, zwischenzeitlich jedoch ihr Mandat aus gesundheitlichen Gründen niederlegten oder sich als Hospitanten der NSDAP-Fraktion anschlossen.¹² Die Stadtverordnetenversammlung

wählte am gleichen Tag (28.4.) die bereits genannten Flaskamp und Brand sowie die Parteigenossen Landgerichtsrat Dr. Oppermann, den Bankbeamten Adolf Uhle und den Kaufmann Ernst Bauer in den nunmehr fünfköpfigen ehrenamtlichen Stadtrat, der damit vollständig in nationalsozialistischer Hand war.¹³ Dort herrschte in den folgenden Jahren eine hohe Fluktuation, vor allem durch Fortzüge oder Arbeitsüberlastung der Mitglieder bedingt. Neue Stadtratsmitglieder wurden ab 1933 nach Rücksprache mit dem Beauftragten der NSDAP, der Landesregierung vom Bürgermeister und den übrigen Stadträten vorgeschlagen und von dieser berufen, jedoch in der Regel nicht mehr von der Stadtverordnetenversammlung gewählt.¹⁴ Diese nahm in ihren gelegentlichen Sitzungen davon durch Umlauf Kenntnis und zeichnete stets einstimmig namentlich mit 'dafür' und nie mit 'dagegen'.¹⁵ Knapp und treffend charakterisiert Droegenkamp in seiner Stadtgeschichte 1934 den Funktionsverlust der Stadtverordnetenversammlung: „Die Bedeutung des Stadtverordnetenparlaments geht mehr und mehr zurück.“¹⁶ Mit Einführung der Deutschen Gemeindeordnung (DGO) im Jahre 1935, die die Stellung des Bürgermeisters innerhalb der Gemeinde bedeutend stärkte und das Führerprinzip im Rathaus fest verankerte,¹⁷ nahm die politische Bedeutung der Detmolder Stadtverordneten, die nunmehr Ratsherren hießen, noch weiter ab, obgleich im Stadtverordnetenparlament die lokalen Hoheitsträger und verdientesten Aktivisten der Bewegung sowie bürgerliche Honoratioren, allesamt Parteigenossen, saßen.¹⁸ Parallelen zur Funktion und Bedeutung des Reichstags (teuerster Männergesangsverein der Welt) sind unverkennbar. Die ausschließlich männlichen Gemeindevertreter wurden nicht mehr wie vor 1933 von der Bevölkerung gewählt, sondern vom Beauftragten der NSDAP im Benehmen mit dem Bürgermeister auf sechs Jahre in ihr Amt berufen.¹⁹ Sie hatten die Aufgabe, „die dauernde Führung der Verwaltung der Gemeinde mit allen Schichten der Bürgerschaft zu sichern. [...] den Bürgermeister eigenverantwortlich zu beraten und seinen Maßnahmen in der Bevölkerung Verständnis zu verschaffen.“²⁰ Ein Beschluß-, Kontroll- oder Initiativrecht stand den Ratsherren nicht mehr zu.²¹ Ihre Mitwirkung wurde auf eine beratende in einer Reihe enumerativ festgelegter Fälle reduziert.²² In der Druckschrift „Die Landeshauptstadt Detmold zwischen 1937 und 1938“ führte Bürgermeister Keller unter Punkt 31 aus: „Im abgelaufenen Jahr haben 49 Beigeordnetensitzungen mit 724 Verhandlungspunkten stattgefunden. Die Ratsherren gaben in 9 Sitzungen zu 24 Verhandlungspunkten dem Bürgermeister ihren Rat.“ Im September 1938 beschwerte sich der Leiter der Ortsgruppe Detmold-Nord und Oberstudiendirektor Ludwig Betz bitterlich über die seltene Einberufung der Ratsherrenversammlung durch den Bürgermeister und dessen autokratischen Führungsstil und erklärte Keller: „Ich lehne es ab, weiterhin nur dem Namen nach Ratsherr zu sein und als Ortsgruppenleiter auf meine Versuche mit Ihnen zu arbeiten, keine Antwort zu erhalten.“²³ Treffender als durch diese beiden Zitate aus dem Jahre 1938 kann der Bedeu-

tungsverlust der Gemeindevertretung, die keinerlei demokratische Legitimation besaß und ihrer wichtigsten Funktionen in den Jahren nach 1933 beraubt wurde, nicht charakterisiert werden. Dieser Prozeß war kein Detmolder Spezifikum, sondern überall im Reich zu beobachten und von der Führung in Staat und Partei intendiert.²⁴

Wichtigstes Beratergremium für den seit April '33 amtierenden Bürgermeister Keller waren die bereits erwähnten ehrenamtlichen Beigeordneten, auch Stadträte genannt. Über deren Funktion und Bedeutung in der Landeshauptstadt teilte Keller auf Anfrage des Deutschen Gemeindetages im September 1934 diesem mit:

dass sich die Zusammenarbeit mit den ehrenamtlichen Stadträten der Stadtverwaltung Detmold harmonisch gestaltet hat. Die Herren Stadträte sind mit Interesse bei der Sache. Es sind ihnen jeweilig bestimmte Dezernate übertragen worden, für die sie dem Bürgermeister beratend zur Seite stehen.²⁵

In diesem engeren, zumindest in den ersten Jahren nach der Machtübernahme anscheinend recht harmonisch arbeitenden Zirkel traf Keller seine die Stadt, ihre Verwaltung und Bürger betreffenden Entscheidungen.²⁶ Angefangen von Haushalts- und Personalfragen über Liegenschaftsangelegenheiten bis hin zur Umbenennung der Straßen Neustadt und Allee in Hindenburg- bzw. Hitlerdamm bereits zum 20. April 1933.²⁷ Ferner wurde dort auch häufig erörtert, ob man dem Drängen dieser oder jener Parteigliederung (z.B. HJ) oder dieses oder jenes angeschlossenen Verbandes (z.B. NSV) auf Zuweisungen und Vergünstigungen unterschiedlichster Art nachgeben konnte oder nicht.²⁸

Durch die einschlägigen Paragraphen der DGO war die ohnehin starke Stellung des Bürgermeisters gegenüber den Stadträten und Ratsherren noch weiter gefestigt worden. Andererseits fehlte ihm die demokratische Legitimation seitens der Bevölkerung, auf die er sich im Konfliktfalle hätte berufen können. Zudem war er im hohen Maße von dem Beauftragten der Partei, der nach Beratung mit der Gemeindevertretung bis zu drei Kandidaten für das Amt vorschlug, und der staatlichen Kommunalaufsichtsbehörde, der die Berufung und Abberufung oblag, abhängig. Wobei de facto der Partei der größere Einfluß auf den Bürgermeister und seine Arbeit zukam.²⁹ Durchaus eigenständige politische Charaktere mit autokratischen Neigungen wie Keller, die die dem Bürgermeister in der DGO zugeschriebene Rolle als Führer seiner Verwaltung allzu sehr mit Leben ausfüllten, gerieten dabei fast zwangsläufig im Laufe der Zeit mit der Partei in Konflikt, wie noch näher zu zeigen sein wird.

II. Das Revirement in der Detmolder Stadtverwaltung.

Das Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums vom 7. April 1933,³⁰ das jeden im Sinne der neuen Machthaber politisch unzuverlässigen Beamten sowie Beamte nichtarischer Abstammung unter Ausschluß des Rechtsweges mit der Entfernung aus dem Amte bedrohte und sinngemäß auch auf Arbeiter und Angestellte angewandt wurde, war ein wirksames Instrument der Einschüchterung, Säuberung und schließlich Inbesitznahme der so freigemachten Stellen durch NS-Parteimitglieder und -sympathisanten auch in Detmold. Das vertraute Schema der Besetzung der Schlüsselpositionen läßt sich somit ebenfalls in der Residenzstadt beobachten.

Sturz und Ende des OB Dr. Peters

Prominentestes Opfer der Säuberungen war der Oberbürgermeister Dr. Emil Peters, der einzige städtische Beamte, der in Schutzhaft genommen wurde. Seit dem 9. April 1920 war der der DVP nahestehende Verwaltungsjurist Peters Oberbürgermeister der Stadt.³¹ In der Öffentlichkeit war er im Rahmen des Finanzausgleiches „stark als Bekämpfer der Finanzpolitik des Systems Drake hervorgetreten“, so ein NS-Beamtenossier vom Jahreswechsel 1932/33, das ihn zudem politisch als „rechts-bürgerlich“ klassifizierte.³² Mit den lokalen NS-Größen und Parteiorganisationen geriet er 1932/33 aus politischen, ordnungspolizeilichen und steuerrechtlichen Gründen häufiger in Konflikt,³³ so daß der spätere SA-Standartenführer und Fechenbach-Mörder Fritz Grüttemeyer Peters gedroht haben soll: „Das werden Sie noch einmal bereuen.“³⁴ Dennoch überstand Peters die beiden Machtübernahmen der NSDAP in Lippe und im Reich zunächst unbeschadet.

Das Verhalten des Oberbürgermeisters anläßlich der Hissung der Schwarz-Weiß-Roten- und der Hakenkreuzfahne auf dem Detmolder Rathaus am 6. März, einen Tag nach der Reichstagswahl, brachte aus Sicht der Nationalsozialisten das Faß zum Überlaufen und war willkommener Anlaß, Dr. Peters loszuwerden. Die Geschehnisse jener Märztage lassen sich anhand der zeitgenössischen Akten und Zeitungsberichte in groben Zügen folgendermaßen zusammenfassen: Am Vormittag des 6. März erschienen zwei Männer im Amtszimmer des OBs und wollten die beiden Fahnen auf dem Rathaus hissen. Peters wies dieses Ansinnen zunächst mit der formaljuristischen Begründung zurück, er müsse zuerst die Zustimmung der übrigen Stadtratsmitglieder einholen. In Abwesenheit des Oberbürgermeisters kam es dann ohne Stadtratsbeschluß am Nachmittag doch zur Flaggenhissung. Bei der am Spätnachmittag stattfindenden Stadtratssitzung, in der der Vorgang nachträglich gebilligt wurde, äußerte Peters, den Unmut der Nationalsozialisten hervorrufend, aus „einer gewissen Erregung“, so der OB in seinem Bericht an die Landesregierung vom

20. März, daß man in der „Flaggenfrage jetzt unter dem Druck der Gasse gehandelt habe.“³⁵ NS-Stadtrat Hans Keller suchte am 10. März den Oberbürgermeister auf und teilte ihm mit, daß sich die nationalsozialistischen Stadtratsmitglieder durch Peters' Bemerkung beleidigt fühlten. Peters erklärte Keller, daß ihm eine Beleidigung ferngelegen habe, und er wisse ja auch, „wie ich politisch eingestellt sei und könne unmöglich denken, daß ich mit meinen Worten die nationale Erhebung habe herabsetzen wollen.“ Peters sagte zudem Keller zu, in der kommenden Stadtratssitzung am 13. März eine entsprechende Erklärung zu geben.³⁶ Am Morgen jenes Märztages hielt er anläßlich einer offiziellen Flaggenhissung beider Fahnen vor den Mitarbeitern der Stadtverwaltung eine glühende Rede, „die Wiedergeburt der deutschen Nation unter der ruhmreichen Fahne der deutschen Vergangenheit“ feiernd. „Jeder Beamte habe dieser nationalen Regierung unbedingte Treue zu halten und müsse seine ganze Kraft einsetzen, damit nunmehr der Aufstieg beginnen könne.“³⁷ Aber auch dieses Bekenntnis zur Regierung der nationalen Erhebung half Peters nicht mehr. Zum einen ließ er die Hakenkreuzfahne unerwähnt, zum anderen vergaß er schlicht in der abendlichen Stadtratssitzung seine Keller versprochene Erklärung, die er erst in der folgenden Sitzung am 20. März abgab.³⁸ Die Ereignisse, die zu Peters' Inschutzhaftnahme und Absetzung führten, nahmen nun ihren weiteren Verlauf.³⁹

Mit einem Schreiben vom 15. März ersuchten der Ortsgruppenleiter Hans Pieper, der Stadtverordnetenvorsteher Fritz Friedrichs, der NS-Fraktionsvorsitzende Willi Brand und für die drei NS-Stadträte der erste Stadtrat Hans Keller die Landesregierung, gegen den OB Peters wegen des Flaggenzwischenfalls vom 6. März und der versäumten Entschuldigung in der Ratssitzung vom 13. März, die sie als weitere Brüskierung betrachteten, „im Interesse eines geregelten Selbstverwaltungsbetriebes“ (!) disziplinarisch vorzugehen.⁴⁰ Peters bat daraufhin Keller um ein persönliches Gespräch in dessen Wohnung, das dort auch stattfand. Seiner Bitte um Rücknahme des Antrags auf ein Disziplinarverfahren konnte Keller nicht nachkommen, da die Angelegenheit bei der Regierung bereits aktenkundig war.⁴¹

Noch bevor es zu Maßnahmen der Aufsichtsbehörde gegen Peters kam, wurde dieser ein Opfer eines sorgsam vorbereiteten Coups. Am Morgen des 31. März wurde er – auf Befehl der Regierung – auf dem Weg zum Rathaus von Detmolder Mitgliedern des NSKK und der SA in Zivil angepöbelt und niedergeschlagen. Einer der beteiligten Schläger rief darauf laut nach der Polizei, und die Gruppe ergriff daraufhin die Flucht. Ein in der Nähe postierter Trupp uniformierter Hilfspolizisten lief herbei, nahm Dr. Peters wie vorgesehen im Auftrage der Landesregierung in Schutzhaft und führte ihn in das Regierungsgebäude. Am Mittag wurde er, unter der Auflage, sich seiner Amtsgeschäfte zu enthalten, auf freien Fuß gesetzt.⁴² Der Oberbürgermeister stellte noch am gleichen Tag Strafanzeige gegen die ihm unbekannten Schläger und ließ sich – oh-

nehin nervlich und gesundheitlich stark angeschlagen – von der Landesregierung offiziell beurlauben. Er sollte bis zu seiner Pensionierung den Dienst nicht mehr antreten.⁴³

Bald nach der Straftat kam in der Stadt das Gerücht auf, Peters sei von der NSDAP nahestehenden Personen überfallen worden. Dem mußte Ortsgruppenleiter Pieper in einer parteiamtlichen Presseerklärung – um das aufgeschreckte Bürgertum zu beruhigen – entschieden widersprechen und verurteilte dabei das Vorgehen gegen den Oberbürgermeister schärfstens.⁴⁴



Auf Dr. Peters' Position rückte der von der Landesregierung kommissarisch bereits am gleichen Tag eingesetzte Stadtrat Hans Keller vor.⁴⁵ Ob dieser bereits vor dem Überfall auf Peters von den Plänen gewußt hatte, konnte auch bei der gerichtlichen Untersuchung 1948 nicht geklärt werden. Keller behauptete selbstredend, von alledem nichts gewußt zu haben.⁴⁶ Peters mehrfach geäußelter Wunsch nach einer Unterredung mit einem Mitglied der Landesregierung wurde nicht entsprochen.⁴⁷ Weitere Schikanen folgten. Auf Anordnung des kommissarischen Bürgermeisters Keller wurden ab dem 25. April die Gehälter des Oberbürgermeisters und des städtischen Sparkassendirektors Bernhard

Winkler, der dem Zentrum nahestand, wegen angeblich satzungswidriger Geschäftsführung zum Schaden der Sparkasse (u.a. unrechtmäßige Begünstigung von Juden bei der Kreditvergabe) auf Sperrkonten zwecks Schadenstilgung überwiesen.⁴⁸ Winkler wurde von seinem Posten entfernt, in die um zwei Besoldungsgruppen niedriger dotierte Position eines Rendanten ins Städtische Gas- und Wasserwerk abgeschoben und zunächst durch den Keller-Adlatus, Radauantisemiten und späteren Fechenbach-Mörder Dipl.-Handelslehrer Karl Segler kurzzeitig kommissarisch ersetzt.⁴⁹ Die NS-Postille „Lippischer Kurier“ dankte Keller für sein hartes Durchgreifen in Stadtverwaltung und Sparkasse, hetzte in einer intensiven Pressekampagne (Flaggenvorfall, Sparkasse) weiter gegen Peters und eröffnete dabei ein regelrechtes Kesseltreiben gegen ihn. Unter der Überschrift „Schluß mit Dr. Peters“ wurde in der Ausgabe vom 5. Mai der neue Führer der NSDAP-Stadtverordnetenfraktion, Bäckermeister Hermann Wagenfeld, mit folgender Aussage wiedergegeben: „Für uns ist Oberbürgermeister Dr. Peters vollkommen untragbar, schon allein wegen seiner Äußerung über unser Symbol. Es kommt gar nicht in Frage, das wir einen solchen Mann halten.“ An gleicher Stelle wird der obengenannte Segler mit der Aussage zitiert, Peters habe „die saugemeine Behauptung vom Druck der Gasse bis heute nicht zurückgenommen.“

Mit Verfügung vom 30. Juni 1933 wurde Peters von der Regierung in den sofortigen Ruhestand versetzt.⁵⁰ Grundlage bildete der § 6 des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums, der besagte, daß zur Vereinfachung der Verwaltung Beamte auch dann in den Ruhestand versetzt werden könnten, wenn sie noch nicht dienstunfähig wären.⁵¹ Seine Strafanzeige gegen die Schläger zog er am 3. Juli 1933 zurück und bat wegen Geringfügigkeit um Einstellung des beim Amtsgerichts anhängigen Verfahrens.⁵² Er tat dies zum einen unter Druck, Staatsminister Riecke hatte ihm angedeutet, daß er für seine Sicherheit nicht garantieren könne, und zum anderen in der Hoffnung, daß die Landesregierung ihr Versprechen einhalten würde, ihm eine gleichrangige Stelle im öffentlichen Dienst zu beschaffen.⁵³ Peters' Wunsch wurde tags darauf durch den Oberstaatsanwalts Dr. Tornau, einen der typischen Detmolder Wendehälse jener Tage, stattgegeben.⁵⁴ Zwei Monate später wurde Peters seitens der Stadt die Dienstmietwohnung zum 31. März 1934, deren Mietzins zuvor kräftig erhöht worden war, gekündigt.⁵⁵

Um der Stadt Pensionslasten zu ersparen, bemühte sich in der Folgezeit selbst die Partei um eine Verwendung des ehemaligen OBs an anderer Stelle. So teilte die Kreisleitung der Gaupersonalabteilung auf Anfrage am 15. September 1933 mit, daß Peters als befähigter Verwaltungsbeamter gelte, für eine Verwendung in Detmold aufgrund seiner unüberlegten Äußerung während der lokalen Machtergreifung allerdings untragbar geworden sei. Ansonsten lägen keine Bedenken in parteipolitischer Hinsicht gegen ihn vor.⁵⁶ Auf Peters' Gesuch vom 26. August 1933, ihn in der Reichsfinanzverwaltung zu beschäftigen,

das auch seitens der Landesregierung unterstützt wurde,⁵⁷ wurde ihm aus Berlin am 5. Februar 1934 mitgeteilt, daß er zunächst nur als Regierungsrat – mithin mehrere Gehaltsstufen unter seiner Besoldung als OB – im Finanzamt Detmold zur Einarbeitung beschäftigt werden könne. Zudem könne ihm eine dauernde Beschäftigung in seiner Heimatstadt nicht zugesichert werden.⁵⁸

Am 12. Februar schied Dr. Peters, im 52. Lebensjahr stehend, freiwillig aus dem Leben. Die Nachricht aus Berlin hatte er als Zumutung und Wortbruch empfunden.⁵⁹ Sie mag ihn in seinem Entschluß zum Freitod endgültig bestärkt haben. Sein langjähriger Weggefährte, Bürgermeister Dr. Droegenkamp, charakterisiert Emil Peters 1934 als

ein[en] Mann von starker Sensibilität mit einer großen Ungleichheit der Stimmung. Es mag der Grundsatz richtig sein, daß alle ausgezeichneten und überlegenen Menschen melancholisch sind. Die Grundstimmung dieses Mannes war ernst und schwer. So war es verständlich, daß die ihm zugefügten Maßnahmen ihn tief beeindrucken mußten. Seine starke Ehrliebe war aufs Höchste durch seine Abberufung verletzt. Die Vorsicht, mit der seine Umgebung durch die Ereignisse mit ihm als einer gefallen GröÙe zu verkehren pflegte, löste bei ihm eine so starke Stimmung der Verzweiflung aus, daß diese einen Grad erreichte, wo dauerndes Mißbehagen Lebensüberdruß erzeugt und demnach Hang zum Selbstmord entsteht.⁶⁰

An der Beisetzung Peters' nahm Bürgermeister Keller nicht teil. Den Mitarbeitern der Stadtverwaltung stellte er eine Teilnahme frei.⁶¹ Aufgrund des Tenors der Verfügung und den Äußerungen des 1. Bürobeamten Schröder, so der Stadtobersekretär i.R. Potthoff 1953 in seiner Aussage vor dem Kreis-Ausschuß für die Anerkennung der Verfolgten und Geschädigten der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft, sei dem Personal die Anordnung wie ein Verbot vorgekommen, so daß nur zwei Beamte an der Trauerfeier teilnahmen.⁶² Vom besagten Ausschuß wurde Dr. Peters 1953 als Verfolgter der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft anerkannt.⁶³

Auch Bürgermeister Dr. Droegenkamp, von den Nazis ebenfalls politisch als „rechts-bürgerlich“ eingestuft,⁶⁴ mußte im November des Jahres 1933 – nach der Wahl Kellers – aus Gründen der Verwaltungsvereinfachung und nicht aus persönlichen oder politischen Gründen, wie er selbst betonte, seinen Schreibtisch räumen.⁶⁵ Grundlage für seine Versetzung in den einstweiligen Ruhestand bildete, wie bei OB Peters, der § 6 des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums.

Die Vorgänge, die zu Dr. Peters' Absetzung führten, sind paradigmatisch für die Amtsenthebung kommunaler Spitzenbeamter in anderen Städten. Auch dort liefen die geschilderten Vorgänge nach ähnlichem Muster ab. War es schließlich gelungen, kommunale Spitzenbeamte durch Drohungen, Pressekampagnen, körperliche Mißhandlungen oder sonstige unlautere Mittel zum Rücktritt zu zwingen oder der Aufsichtsbehörde Vorwände für Amtsenthebung, Beurlaubung oder Inschutzhaftnahme zu liefern, so stießen sofort nationalsozialistische

Kommissare in die freiwerdenden Stellen vor. Vielerorts gelang so die lokale Parteiprominenz in den Besitz der kommunalen Macht.⁶⁶ Das wohl bekannteste Opfer solcher Machenschaften ist der frühere Oberbürgermeister der Stadt Köln und nachmalige erste Kanzler der BRD, Dr. Konrad Adenauer, der 1933 mit acht Beigeordneten seiner Stadt von den Nazis aus dem Amt gejagt wurde.⁶⁷

Anderen Bürgermeistern der heimischen Region, die dieselbe politische Ausrichtung wie Peters und Droegenkamp besaßen und deren Verhältnis zu den Nationalsozialisten vor der Machtübernahme z.T. ebenso gespannt war, gelang hingegen durch Anpassung und Verbiegung ein politisches Überleben im Amt. Prominenteste Beispiele aus hiesiger Sicht sind der Bündener Bürgermeister Dr. Richard Moes, der nach dem Kriege Detmolder Stadtdirektor und Bürgermeister wurde, und der Lemgoer Bürgermeister Wilhelm Gräfer, beide zudem noch ehemalige Freimaurer.⁶⁸ Matzerath führt allgemein zu dieser Beamtengruppe in seinem grundlegenden Werk Nationalsozialismus und kommunale Selbstverwaltung aus:

Zwang zu politischer Anpassung bestand desto mehr, je schwächer die Position des Bürgermeisters war. Als besonders erschüttert hatte die Stellung derjenigen Kommunalpolitiker zu gelten, die vor 1933 politischen Parteien wie dem Zentrum, der DNVP oder der DVP angehört hatten und ihrer fachlichen Qualifikation wegen im Amt belassen worden waren, sowie der ehemaligen Logenangehörigen.⁶⁹

Bevor mit der Schilderung der Gleichschaltung, dem beherrschenden Schlagwort jener Wochen im politischen Tagesgeschehen, in der Detmolder Verwaltung fortgefahren wird, soll in knappen Zügen an dieser Stelle die Gestalt des bereits mehrfach genannten Hans Keller, des Detmolder Bürgermeisters in der NS-Zeit, skizziert werden.

Die Karriere des Hans Keller

Diplomkaufmann Hans Keller, geb. am 1. Februar 1903 in Berlin, seit 1928 in Detmold wohnhaft, trat im März 1932 unter der Mitgliedsnummer 967.943 in die NSDAP ein. Im August 1932 schloß er sich der SS an. Bereits im Oktober 1932 wurde der selbständige Steuerberater und Leiter der kassenärztlichen Verrechnungsstelle Detmold als NSDAP-Vertreter in den Detmolder Stadtrat gewählt.⁷⁰ Dieser rasante Aufstieg läßt auch gewisse Rückschlüsse auf die personelle und intellektuelle Kapazität der NS-Ortsgruppe Detmold zu. Seitens der Stadtverordneten und auf Anstoß der lippischen Landesregierung wurde Keller gemäß § 51 des lippischen Gemeindeverfassungsgesetzes am 2. Nov. 1933 nach siebenmonatiger kommissarischer Tätigkeit einstimmig zum Bürgermeister gewählt.⁷¹ Die Stadtverordneten machten jedoch von Satz 2 des besagten § 51 Gebrauch und wählten den 30jährigen zunächst nur auf ein Jahr

zur Probe. Innerhalb der NS-Fraktion gab es im Vorfeld Widerstände gegen seine Wahl. So berichtete der Stadtverordnete und NS-hardliner Heinrich Sauer jun. dem Staatsminister Riecke in einem Schreiben vom 18. Oktober 1933: „Der kommissar. Bürgermeister Keller wird nach Ansicht verschiedener Stadtverordneter als zu weich beurteilt, der sich [gegenüber] einer gewissen Klique später nicht mehr durchzusetzen vermag.“⁷² Keller selbst nahm seine Wahl mit einer ebenso kurzen wie martialischen, dem pathetischen und militaristischen Zeitgeist entsprechenden Erklärung an: „Meine Kameraden! Ich nehme die Wahl an und gelobe das Amt auszuüben als politischer Soldat meines Führers; Gehorsam ühend, aber auch Gehorsam verlangend.“⁷³ Einige Monate vor Ablauf seiner Probezeit war Unmut in Teilen der Partei und Bevölkerung gegen Kellers endgültige Anstellung in der Stadt zu spüren. Ein Stimmungs- und Lagebericht an die Gauleitung vermerkt für August 1934: „In Detmold bespricht man jetzt schon die künftige Anstellung des provisorischen Bürgermeisters Keller, man versteht es nicht, wenn der Herr mit seiner hohen Parteinummer auch das höchste Amt in Detmold bekommt.“⁷⁴ Dennoch wurde Keller einstimmig von den Stadtverordneten am 4. September 1934 auf zwölf Jahre zum Bürgermeister gewählt.⁷⁵

Konflikte mit der Partei

Mit der Partei und den Aufsichtsbehörden kam Keller spätestens zum Jahreswechsel 1936/37 in große Schwierigkeiten, weil er in deren Augen zu eigenmächtig gehandelt hatte und sich eine Reihe skandalträchtiger Verfehlungen im Umfeld der Heirat des Lippe-Biesterfelder Prinzen Bernhard mit der niederländischen Thronfolgerin Juliana hatte zuschulden kommen lassen.⁷⁶ Einer neueröffneten Lippe-Detmold-Stube in Den Haag sandte er Fremdenverkehrsinformationsmaterial und ein Grußtelegramm zur Eröffnung, ohne zu wissen, daß das Lokal von jüdischen Geschäftsleuten betrieben wurde. Anlässlich des Aufenthalts des verlobten Kronprinzenpaares im Oktober 1936 in Lippe sandte er den beiden zwei Telegramme in ehrerbietigem Stil, so daß ihm monarchistische Tendenzen und Gesinnung unterstellt wurden. Den Brautleuten beabsichtigte er zudem ein im Eigentum der Stadt Detmold befindliches Ölgemälde zur Hochzeit zu schenken. Diese Fehlritte bewiesen, so der Landrat Schweiger in seiner Eigenschaft als Vertreter der unteren kommunalen Aufsichtsbehörde in seinem Bericht an den Chef der Landesregierung, Reichsstatthalter in Lippe und Gauleiter Dr. Alfred Meyer, „daß [sich] Bürgermeister Keller bei der Behandlung dieser ganzen Angelegenheit weder an seine Beigeordneten und Ratsherren noch an die Aufsichtsbehörde, noch an Parteidienststellen, gewandt hat“, und „daß er mit dem Wesen der Deutschen Gemeindeordnung noch recht wenig vertraut ist, sonst hätte er nicht so unverantwortlich und disziplinlos handeln können.“⁷⁷ Keller wurde am 3. Januar zwangsbeurlaubt, aber „trotz schwerer

Bedenken“ des Reichsstatthalters Dr. Meyer und gegen Widerstände der lokalen Parteigrößen mit Wirkung zum 1. April 1937, 'im Hinblick um seine sonstigen Verdienste um die Stadt', so Meyer, wieder mit dem Amt des Detmolder Bürgermeisters betraut.⁷⁸

Weitere Stimmen aus der Partei werfen ein Schlaglicht auf Kellers Führungsstil und sein zunehmend gespanntes Verhältnis zur NS-Bewegung und ihren lokalen Exponenten. Der Ortsgruppenleiter und Ratsherr Betz berichtete dem Kreisleiter und Stellvertretenden Chef der Landesregierung Adolf Wedderwille am Heiligabend 1938, daß Keller,

– das ist auch früher häufig bemängelt worden – eine Zusammenarbeit mit den Ortsgruppenleitern ablehnt. Führerprinzip ist für ihn Alleinherrschaft, wobei seine Personalpolitik darauf abzielt, sich möglichst mit gehorsamen und devoten Dienern zu umgeben, die ihn nicht überragen. Daher wird er weder von der Partei noch von der Bevölkerung als ernsthaft zu nehmendes Oberhaupt der Stadt Detmold anerkannt.⁷⁹

An anderer Stelle führte Betz über Keller an Wedderwille aus, „daß der Bürgermeister sich um die Stellung von Kreisleiter, Ortsgruppenleiter und Ratsherren einen Dreck kümmert.“⁸⁰ Wedderwille wiederum berichtete seinem Gauleiter im Februar 1939, „daß [...] die Zusammenarbeit zwischen Bürgermeister Keller und der Partei immer zu wünschen übrig gelassen hat. Alle Ortsgruppenleiter in Detmold haben bisher Streit mit Bürgermeister Keller gehabt.“⁸¹ Der Gauamtsleiter für Kommunalpolitik Irrgang mahnte Keller im März 1939 in einem sehr persönlich gehaltenen Schreiben: „dass selbst der tüchtigste Bürgermeister nur dann zum Erfolge kommt, wenn er in engster Übereinstimmung mit der Partei lebt und arbeitet.“⁸² Irrgang beendete seine Ausführungen mit dem Hinweis, daß Keller nur dann im Amt verbleiben könne, wenn er die enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit mit den Stellen der Bewegung herbeiführe.⁸³

Für den Bürgermeister blieb als angeblich einziger Ausweg aus der verfahrenen Gesamtsituation „die Flucht in die Wehrmacht bei Kriegsausbruch“, wie er dem Sonderbeauftragten für die Entnazifizierung im Lande Nordrhein-Westfalen im September 1948 sicherlich zu apologetisch schrieb.⁸⁴ Im Heer tat er bis zum Kriegsende als dekorierte Zugführer und Kompaniechef Dienst. Keller konnte daher sein Amt als Bürgermeister nur noch sporadisch wahrnehmen. Bezeichnenderweise trat Keller, obgleich er den Rang eines SS Obersturmführers ehrenhalber aufgrund seines Bürgermeisteramtes führte, nicht in die Waffen-SS ein, was nahegelegen hätte. Ein Amt innerhalb der NSDAP hatte Keller zudem nie bekleidet. Der evangelischen Kirche blieb er zeitlebens treu. So bleibt ein recht ambivalentes Bild von Keller. Einerseits eine autokratische Persönlichkeit, die Oberbürgermeister Peters und andere rüde aus ihren Positionen drängt; andererseits ein junger Mann mit Ecken und Kanten, bis zur

körperlichen und geistigen Erschöpfung arbeitend, der im Laufe der Jahre mit den örtlichen NS-Größen in Konflikt gerät, dem Druck, den Eifersüchteleien und Denunziationen nicht mehr standhält und nach eigenen Aussagen in den Krieg „flieht“. Nach Kriegsende kam Keller für rund zwei Jahre ins Lager für Zivilinternierte der Britischen Zone nach Recklinghausen. Einem Spruchgerichtsverfahren mußte er sich nicht unterziehen. Vom Entnazifizierungsausschuß für den Kreis Detmold wurde er im Dezember 1948 in die Kategorie IV (Mitläufer) eingestuft.⁸⁵ Er verstarb 53jährig im Jahre 1956 in Detmold.

Säuberungen in der Verwaltung

Unter dem kommissarischen Bürgermeister Keller kam es im April 1933 in der Beamtenschaft der Stadtverwaltung Detmold zu einer Reihe von weiteren personellen Veränderungen in Form von Umsetzungen, Zurückstufungen, Inruhesetzungen und freiwilligem Ausscheiden aus der Kommunalverwaltung. Augenscheinliches Ziel der Maßnahmen war es, eigene Gefolgsleute in Schlüsselpositionen zu bringen und die wenigen exponierten Gegner der Nationalsozialisten in der Beamtenschaft kaltzustellen. Keller selbst hatte bei seinem Amtsantritt gedroht, daß jeder, der die „nationale Aufbauarbeit in irgendeiner Weise zu sabotieren oder zu stören“ wage, mit sofortiger Dienstentlassung zu rechnen habe.⁸⁶ Einige Beispiele sollen diesen Personalwechsel im folgenden belegen. Der „Staatspartei“ und Rendant der Stadtkämmerei Wilhelm Pöhler wurde mit der Begründung in den einstweiligen Ruhestand geschickt, daß seine Dienststelle durch die Übernahme von Steuern auf das Reich eine Arbeitsentlastung erfahren habe. Dem Antrag des 55jährigen Oberinspektors auf Versetzung in den endgültigen Ruhestand zum 1. Mai 1933 wurde stattgegeben.⁸⁷ Stadtobersekretär Ludwig Heger, einem laut obengenannten Dossier „SPD-Mann“ und früheren Zeugen gegen Nationalsozialisten vor Gericht, wurde zunächst von der Hauptabteilung in das Stadtbauamt abgeschoben. Sein Antrag auf Versetzung in den Reichsdienst (Finanzverwaltung) wurde von seinem neuen Vorgesetzten Stadtbaurat Supan besonders befürwortet und von den übrigen Stadtratsmitgliedern unterstützt.⁸⁸ Hegers Posten in der Hauptabteilung übernahm der Verwaltungssekretär Wilhelm Schröder. Ein alter Parteigenosse (Mitgliedsnummer 698.379), der „aktiv im politischen Kampf“ stand und Fachbearbeiter für Beamtenfragen der Ortsgruppe Detmold war.⁸⁹ Er machte in der Folgezeit – auch aufgrund seiner fachlichen Qualifikation – schnell Karriere und wurde rechte Hand Kellers im Hauptamt.⁹⁰

Der Sturm im Wasserwerk

Es kam jedoch nicht nur auf der Ebene der höheren und mittleren Beamten zu personellen Veränderungen in der Detmolder Verwaltung. Am Beispiel des an

der Wittekindstraße gelegenen städtischen Gas- und Wasserwerks läßt sich exemplarisch auch das Herausdrängen politisch mißliebiger Arbeiter durch den Stadtrat, im konkreten Fall vor allem aber durch die lippische Landesregierung und durch die lokale Nationalsozialistische Betriebszellenorganisation (NSBO) aus deren angestammten Arbeitsplätzen und deren Ersetzung durch NS-Anhänger bald nach der Machtergreifung sehr gut anhand der Quellen belegen.⁹¹

Bezüglich des Revirements im Gas- und Wasserwerk forderte die örtliche NSBO mit Schreiben vom 24. März 1933 unter Beifügung des Bekanntmachungstextes den Stadtrat auf, durch Aushang anzuordnen, daß sich die Belegschaft des Gas- und Wasserwerks jeglicher abfälliger Äußerungen gegenüber Partei und Regierung zu enthalten habe und „jede Belästigung der in nationalen Verbänden organisierten Arbeitskollegen zu unterlassen [habe]“.⁹² Nach diesem ersten Warnschuß kam es dann wenige Tage später auf Druck der NSBO sowie auf Veranlassung der Landesregierung zu Entlassungen in diesem städtischen Eigenbetrieb.⁹³ Auslösendes Moment für die Kündigungen waren die Anschuldigungen des beim städtischen Gas- und Wasserwerk beschäftigten Kraftwagenfahrers und Betriebsrats Glindkamp, seines Zeichens Mitglied der NSBO und SS. Gemeinsam mit dem NS-Landtagsabgeordneten, Landesleiter der NSBO und Staatskommissar für gewerkschaftliche Fragen Heinz Rostek, jenem Rostek, der sich bei der Zerschlagung der Gewerkschaften in Lippe am 2. Mai so unrühmlich hervortat und selbst den lippischen Nazis bald zu radikal wurde,⁹⁴ hatte Glindkamp am 28. März eine Liste mit Namen von neun Kollegen – darunter auch der bereits genannte KPD-Stadtverordnete und Betriebsobmann Karl Ziegenbein⁹⁵ – erstellt, die aus Gründen der Betriebssicherheit aus ihren Positionen zu entfernen seien. In dieser Aufstellung schlug er acht Detmolder vor, zumeist Mitglieder der SS und der NSBO, von denen fünf eingestellt wurden.⁹⁶ Diese schwarze Liste, die die zu entlassenden Arbeiter als Angehörige der Gewerkschaft und der Linksparteien sowie als *Querulanten* und *Hetzer* bezeichnete, wurde dem Stadtwerksdirektor Falck überreicht. Den am 3. April fristlos Gekündigten wurde ihre staatsfeindliche Einstellung als Kündigungsgrund angegeben.

Der noch amtierende Oberbürgermeister Peters hatte bereits am 28. März in einem Gespräch mit SS-Sturmchef Jürgen Stroop, dem Leiter der lippischen Hilfspolizei, rechtliche und finanzielle Bedenken hinsichtlich einer fristlosen Entlassung der neun geltend gemacht, die aus dem Betriebsrätegesetz (§ 84) resultierten. Vor allem befürchtete er Regressforderungen der zu entlassenden Arbeiter. Stroop hingegen meinte, daß solche Prozesse gar nicht in Betracht kämen. Man lebe schließlich in einer Revolution, und da seien die Bestimmungen des Betriebsrätegesetzes in ihrer formalistischen Natur aufgehoben. Im übrigen stehe die Landesregierung auf dem Standpunkt, daß in städti-

schen Betrieben Arbeiter marxistischer Richtung nicht mehr geduldet werden könnten.

Zwei der neun entlassenen Arbeiter, der kommunistische Funktionär Ziegenbein sowie der KPD-Sympathisant Johann Lutsch, befanden sich zu jener Zeit bereits seit einigen Wochen in Schutzhaft.⁹⁷ Die übrigen Arbeiter, die gleichfalls von der Hilfspolizei in Schutzhaft genommen worden waren und vom 30. März bis zum 1. bzw. 2. April im Detmolder Gefängnis saßen,⁹⁸ klagten zwischen dem 5. und 7. April vor dem Arbeitsgericht Detmold sowohl gegen den Betriebsrat unter Führung von Glindkamp, der sie nicht, wie es das Betriebsrätegesetz vorschrieb, angehört hatte, auf Schadenersatz, sowie gegen die Stadt Detmold auf Wiedereinstellung oder widrigenfalls auf Entschädigung für ihren Arbeitsplatzverlust. Auch das persönliche Erscheinen und die Stellungnahmen der Arbeiter zum Vorfall vor der lippischen Landesregierung am 6. April konnte diese nicht umstimmen. Sie teilte dem Arbeitsgericht am 10. April mit:

Lippische Landesregierung bestätigt hierdurch, daß die fristlose Entlassung folgender bei dem Städtischen Gaswerk Detmold beschäftigter Arbeitnehmer [...] auf Veranlassung der Lippischen Landesregierung deshalb erfolgt ist, weil der Verdacht besteht, daß die genannten Arbeitnehmer staatsfeindlich eingestellt sind und deshalb ihre Belassung in einem so lebenswichtigen Betriebe wie dem Gaswerk nicht verantwortet werden konnte.⁹⁹

Nach einer Güteverhandlung vor dem Detmolder Arbeitsgericht im Streitfall gegen die Stadt am 8. April kam es zwei Tage später im Rathaus im Beisein des kommissarischen Oberbürgermeisters Keller zu Vergleichsverhandlungen zwischen der Stadt und sechs der sieben Arbeiter.¹⁰⁰ Am 15. April wurde dann folgender Vergleich geschlossen: Die sechs Arbeiter sollten ihren bis zum 10. April zustehenden Lohn ausgezahlt bekommen sowie jeweils eine Abfindung von RM 50 erhalten. Sie sollten bis zum 15. Oktober 1933 im Genuß verbilligter Wasser- und Gaslieferungen bleiben. Weiter verpflichtete sich die Stadt, Zeugnisse auszustellen, aus denen mit keinem Wort die „staatsfeindl. Einstellung“ der Arbeiter zum Ausdruck kommen sollte. Ferner sollte dem Arbeitsamt mitgeteilt werden, daß die Entlassungen aufgrund organisatorischer Veränderungen erfolgt seien, damit es zu keinerlei Sperrfristen hinsichtlich der Arbeitslosenunterstützungen kommen sollte. „Zweck dieser Massnahme ist, den Arbeitern für die Zukunft die Fortkommensmöglichkeit nicht zu erschweren. Weiter wird der Stadtrat versuchen, soweit es in seinen Kräften steht, bei der Zuweisung neuer Arbeit behilflich zu sein.“¹⁰¹ Im Gegenzug verpflichteten sich die Arbeiter, auf alle ihre beim Arbeitsgericht Detmold anhängigen Klagen sowie auf zukünftige Ansprüche gegenüber der Stadt zu verzichten.

Auch der siebte Arbeiter, Karl Winkelmann, hatte zwischenzeitlich seine vor dem Arbeitsgericht anhängige Klage zurückgezogen, da er zum 18. April wieder eingestellt werden sollte. Ebenso wurde bald darauf die entlassenen Ar-

beiter Friedrich Wöstenfeld und der oben genannte, aus der Schutzhaft entlassene schwerkriegsbeschädigte Johann Lutsch wieder eingestellt. Interessant sind die Begründungen für die Wiedereinstellung der Arbeiter. Zu Winkelmann berichtet der Stadtrat der Landesregierung am 22. August 1933: „hat sich zwar vorher in der S.P.D. betätigt. Zur fristlosen Entlassung konnte diese Tatsache jedoch nicht ausreichen, zumal Winkelmann sich nach Aussagen verschiedener Nationalsozialisten, [...], seit längerer Zeit eingehend bemüht hat, mit der nationalsozialistischen Gedankenwelt vertraut zu machen.“ Zum Schmied Johann Lutsch heißt es in diesem Bericht, daß ihm eine eigene politische Meinung nicht zuzutrauen und er vom Kommunisten Ziegenbein „verführt“ worden sei.¹⁰²

Der langjährige städtische Bedienstete Ziegenbein erhielt von der Stadt nach seiner Entlassung aus rund zweieinhalbmonatiger Schutzhaft im Mai 1933 unter Verzicht auf die Einlegung von Rechtsmitteln gegen seine fristlose Kündigung, eine Abfindung in Höhe seines monatlichen Nettoverdienstes von 143,84 RM.¹⁰³ Während seiner Inschutzhaftnahme wurde Ziegenbein – nach eigenen Angaben – bei nächtlichen Verhören durch Schläge und Tritte mißhandelt. Ferner erkrankte er dort an einer schweren Gelbsucht sowie aufgrund einer starken Erkältung an einer Lungenerweiterung mit Herzfehler. 1955 und 1957 erhielt Ziegenbein für die Dauer seiner Inhaftierung aufgrund des Bundesgesetzes zur Entschädigung für die Opfer der nationalsozialistischen Verfolgung (BEG) von 1953 einen einmaligen Betrag von DM 450; wegen Schadens im beruflichen Fortkommen eine Einmalzahlung von 2.150 DM. Sein Rentenanspruch aufgrund erlittener Schäden an Körper und Gesundheit wurde jedoch abgelehnt.¹⁰⁴

Der politisch ambitionierte Denunziant Glindkamp hatte mit den Behauptungen über seine ehemaligen Kollegen selbst in den Augen der neuen NS-Machthaber in Stadt und Land weit über das Ziel hinausgeschossen. Am 1. Juni wurde er für eine Nacht von der Hilfspolizei in Schutzhaft genommen.¹⁰⁵ Seitens des Stadtwerksdirektors Falck wurde ihm am 10. Juni gekündigt. Die neue Detmolder Führung mochte vielleicht die Denunziation, nicht jedoch den Denunzianten, zumal sich bereits wenige Wochen nach Glindkamps Behauptungen herausstellte, daß diese zum größten Teil völlig haltlos waren.¹⁰⁶ Selbst die neuen Mitarbeiter, die aufgrund seiner Verleumdungen in Lohn und Brot gekommen waren, sprachen sich in einer Betriebsversammlung gegen eine Weiterbeschäftigung Glindkamps bei den Stadtwerken aus, da dieser im Verdacht stehe, durch falsche Angaben die Entlassung von Kollegen bewirkt zu haben! Glindkamp klagte umgehend vor dem Arbeitsgericht. In seiner an das Arbeitsgericht gerichteten Entgegnung rechtfertigten der kommissarische Detmolder OB Keller und der Stadtrat die Kündigung auch damit, daß

das sonstige Verhalten des Glindkamp darauf schliessen [läßt], dass er als Bonze bezeichnet werden kann, für den in einem sauberen nationalsozialistischen Staat

kein Platz mehr sein wird. Mit Rücksicht auf das Verhalten des G. hat die N.S.B.O. sowohl als auch die S.S. den Ausschluss des G. aus den Organisationen beschlossen.¹⁰⁷

Im Bericht vom 22. August an die Lippische Landesregierung wurde seitens des Stadtrates u.a. über den Denunzianten ausgeführt, Glindkamp sei als „Konjunkturritter“ unangenehm aufgefallen. „So verfocht er mit Beharrlichkeit den Gedanken, Gewerkschaftssekretär zu werden. Als ihm das misslang, glaubte er in den hiesigen Stadtrat gewählt werden zu müssen.“¹⁰⁸ Auch nach einer Petition Glindkamps an den neuen Staatsminister Riecke kam es zu keiner Wiedereinstellung des Bittstellers bei der Stadtverwaltung, zumal auch Bürgermeister Keller mit Marginalbericht der Landesregierung urschriftlich am 11. August mitteilte: „Ich billige die Entlassung politisch und arbeitsrechtlich. Die Verantwortung übernehme ich.“¹⁰⁹

Bilanz des Großreinemachens

Kam es im Zuge der NS-Machtübernahme in Detmold zu einer stellenmäßigen Aufblähung des städtischen Verwaltungsapparates? Eine städtische Aufstellung aus dem Jahre 1935, die den Personalstand jenes Jahres mit dem von 1932 vergleicht, belegt, daß es zu keinerlei quantitativen Veränderungen im Bereich der Angestellten und Beamten gekommen war. Insgesamt gab es 1932 wie 1935 99 Beamte und Angestellte. Allerdings war die Zahl der Beamten von 49 auf 39 gesunken und die der Angestellten um zehn auf 60 gestiegen.¹¹⁰ Erst in den Jahren nach 1935, als sich die finanzielle Situation der Stadt wesentlich günstiger als zur Zeit der NS-Machtübernahme gestaltete,¹¹¹ kam es mit steigender Einwohnerzahl und wachsender Anzahl weisungsgebundener Auftragsangelegenheiten zu einer bedeutsamen Vermehrung der Planstellen für Beamte und Angestellte bis in die ersten Kriegsjahre.¹¹²

Eine weitere städtische Auflistung vom Januar 1935 belegt andererseits, daß es in den Jahren 1933/34 insgesamt vier vorübergehende und 40 dauernde Neueinstellungen in allen Bereichen und Laufbahnen der Stadtverwaltung Detmold gab; darunter nur drei Frauen u.a. die alte Kämpferin und BDM-Aktivistin Meta Culemann, die im Mai 1933 eine Anstellung bei der Städtischen Sparkasse fand. Die Palette der Neueinstellungen reichte vom damals parteilosen Studienassessor am städtischen Oberlyzeum, Dr. Wilhelm Bornscheuer, bis zum einfachen Arbeiter am städtischen Bau- oder Schlachthof. 17 dieser Neueingestellten waren NSDAP-Mitglieder. Nur sieben der Neueingestellten gehörten im Januar 1935 weder der Partei noch ihren Untergliederungen oder der ihr angeschlossenen Verbände an.¹¹³

Vornehmlich in der städtischen Sparkasse und dem Gas- und Wasserwerk fanden die Detmolder NS-Aktivisten und Anhänger in den Jahren nach 1933 einen schlecht dotierten, aber sicheren Arbeitsplatz.¹¹⁴ Andererseits waren viele

Detmolder Parteigenossen auch ein Jahr nach der Machtübernahme arbeitslos. Der Bericht der Ortsgruppe Detmold an die Kreisleitung vom März 1934 nennt namentlich 56 Detmolder aller Berufsgruppen, darunter auch den Komponisten August Weweler, der als Mitglied 940.275 1931 in die Partei eingetreten war.¹¹⁵ Zudem hatte keiner der sogenannten 'alten Kämpfer', die vor dem 14. September 1930 den Weg in die Hitlerpartei gefunden hatten, eine Anstellung in der einfachen oder unteren mittleren Beamtenlaufbahn der Stadt gefunden, so der Bericht des Bürgermeisters Keller auf Anfrage des Landrates vom 16. Januar 1936. Keller bemerkte jedoch: „dass eine ganze Reihe alter Kämpfer der Bewegung in Arbeiter- und Angestelltenstellen der Stadt Detmold untergebracht sind, die jedoch mangels geeigneter Beamtenstellen oder Vorbildung voraussichtlich nicht zu Beamten ernannt werden können.“¹¹⁶ Aus diesen Ausführungen wird zum einen deutlich, daß die von den Nazis vor 1933 so vehement gegeißelte angebliche Futterkrippenwirtschaft der Systemparteien nach der Machtübernahme auch in Detmold, nun allerdings unter anderen Vorzeichen, ein vorher nicht gekanntes Ausmaß angenommen hatte.¹¹⁷ Andererseits wird aber auch klar ersichtlich, daß in Detmold zumindest bei der Besetzung von Beamtenstellen in der Regel nach traditionellen Kriterien wie Vorbildung, Laufbahnverordnung und vorhandenen Planstellen vorgegangen wurde.¹¹⁸ Diese Erfahrung mußte selbst der alte Kämpfer, langjährige 1. ehrenamtliche Beigeordnete Detmolds und nachmalige Leiter der Außenstelle Lippe im Sicherheitsdienst des Reichsführers SS, Wilhelm Schürmann, machen, als er sich um die neugeschaffene Stelle eines 1. hauptamtlichen Beigeordneten im Jahre 1939 bewarb. Diese Stelle mußte neu geschaffen werden, da der Bürgermeister völlig überlastet war. Auf Betreiben Wedderwilles, der sich ausdrücklich gegen Schürmann aussprach, und auf Anordnung des Reichsstatthalters Dr. Meyer mußte die Stelle gemäß § 41 (1) der DGO öffentlich ausgeschrieben werden, wobei unter 72 Bewerbern der Finanzprüfer der Regierung Münster und Parteigenosse Dr. jur. Hans Schmitz den Vorzug erhielt.¹¹⁹

Ferner läßt sich hinsichtlich des Personalwechsels in der Stadtverwaltung Detmold feststellen, daß diejenigen, die nach der Machtübernahme 1933 ihren Arbeitsplatz verloren, – so schmerzlich dieser Verlust angesichts fast 15.000 offiziell gemeldeter Arbeitsloser im Bereich des Arbeitsamtsbezirks Detmold für den einzelnen und seine Familie auch war – nicht existenziell ruiniert werden sollten.¹²⁰ Durch Zeugnisse, die den politischen Grund der Entlassung verschwiegen oder das fiskalische Motiv, das zur Freisetzung führte, hervorhoben sowie durch Empfehlungen und Verwendungen seitens der Stadtverwaltung für die Entlassenen bei anderen Behörden und Arbeitgebern sollte den Betroffenen der Weg für einen beruflichen Neuanfang nicht verbaut werden. Dies geschah im Hinblick auf die betroffenen Beamten jedoch nicht aus philanthropischen oder altruistischen Gründen, sondern in erster Linie aus nüchterner Rechenhaf-

tigkeit, um der leeren Stadtkasse Gehaltsfortzahlungen bzw. Pensionszahlungen zu ersparen.

Rückblickend kommentierte Staatsminister Riecke im „Nationalsozialistischen Heimatkalender für Lippe“ die lippischen Ereignisse des Jahres 1933, in dem er ausführte:

Die Beamtengesetzgebung des Reiches ermöglichte, auf breitester Grundlage Maßnahmen der Verwaltungsvereinfachung durchzuführen, die sich erst in späterer Zeit voll auswirken werden. Auch dabei waren Härten unvermeidlich im Interesse des Ganzen. Von den Schädlingen am Beamtenkörper wurde das Land befreit.¹²¹

Auch in der Detmolder Verwaltung waren die Säuberungen gelungen. Sie waren umfangreicher und durchgreifender als in anderen lippischen Städten wie Lemgo, Horn oder Oerlinghausen.¹²² Wie die politischen Gremien war auch die Verwaltung gleichgeschaltet und auf nationalsozialistischen Kurs gebracht worden.¹²³ So konnte anlässlich der Ernennung und Amtseinführung des ersten hauptamtlichen Beigeordneten der Stadt Detmold am 21. August 1939 Bürgermeister Keller in seiner Ansprache über die Stadtverwaltung Detmold und den in ihr herrschenden Zeitgeist euphemistisch ausführen:

Hier spinnt man keine Intrigen, wenigstens nicht lange, hier kennt man keine Ressorteteilkeiten, und mit Kompetenzschwierigkeiten halten wir uns nicht lange auf. Sie finden hier Männer, für die die Begriffe Pflichtgefühl, Verantwortungsfreude, Initiative und vor allem nationalsozialistischer Dienst am Volk Lebensinhalt geworden sind. Ich bin stolz auf meine Mitarbeiter.¹²⁴

III. Ausblick

Für die Jahre nach der NS-Machtübernahme und -Herrschaftskonsolidierung in Detmold läßt sich generell auch für die Residenzstadt ein immer stärker werdender Zugriff sowie eine wachsende politische Einflußnahme und Kontrolle von Staat und Partei auf allen Gebieten der Verwaltung beobachten. Einerseits wurden die Städte und Gemeinden mit der Erfüllung immer neuer weisungsgebundener Auftragsangelegenheiten überfrachtet. Matzerath zitiert in diesem Zusammenhang eine Stimme aus dem Hauptamt der Parteikanzlei, die über eine „beispiellose Gesetzes- und Verordnungsflut“ und ein „Tohuwabohu zentralistischer Reglementierungen“ klagte.¹²⁵ Andererseits wurden ihnen de jure und de facto die Möglichkeit selbständiger Verwaltungsführung und eigenverantwortlicher kommunalpolitischer Entscheidungen immer stärker beschnitten und Kompetenzen entzogen. Dieser Erosionsprozeß setzte sich im Kriege verstärkt fort. Die kommunale Selbstverwaltung wurde auch in Detmold im Spannungsfeld zwischen den rivalisierenden Polen Partei und Staat aufgerieben.¹²⁶

Anmerkungen

1. StA DT L 113 Nr. 355, Bl. 1 u. 51. Zur NSDAP in Detmold vgl. den Beitrag von Andreas Ruppert in diesem Band.
2. Zu Carl Herdejost und den Anfängen der NSDAP in Detmold vgl. Jürgen Hartmann, Völkische Bewegung und Nationalsozialismus in Lippe bis 1925. Ein Beitrag zur Entstehung und Frühzeit der NSDAP. In: Lippische Mitteilungen 60 (1991), S. 149-198, hier: S. 173, S. 183 f. et passim.
3. Im Jan. 1932 wurden 16941 offiziell gemeldete Arbeitslose in Lippe gezählt. StA DT L 79 Nr. 8718, Bl. 2.
4. StA DT D 106 Detmold Nr. 1496.
5. StA DT L 116 Nr. 112 Bd. 1, S. 44.
6. StA DT D 106 Detmold Nr. 1495 f. u. L 116 Nr. 112 Bd. 1, S. 44 f.
7. StA DT D 106 Detmold Nr. 1496.
8. Reichsgesetzblatt (RGBl.) 1933, Teil 1, Nr. 17, S. 83.
9. StA DT D 2C Detmold Nr. 59, Bl. 59.
10. StA DT D 22 Detmold Zg. 31/86.
11. RGBl. 1933, Teil 1, Nr. 29, S. 153 f. Lippische Gesetz-Sammlung 1933, Nr. 14, S. 35 f. Zur politischen Gleichschaltung in den lippischen Gemeinden grundlegend: Reinhard Wulfmeyer, Lippe 1933. Die fachistische Machtergreifung in einem deutschen Kleinstaat, Bielefeld 1987, S. 98 ff.
12. StA DT D 106 Detmold Nr. 1495 f.
13. StA DT D 106 Detmold Nr. 1495.
14. RGBl. 1935, Teil 1, Nr. 6, S. 49-64, § 41 u. 44.
15. StA DT D 106 Detmold Nr. 1495.
16. StA DT L 116 Nr. 112, Bd. 1, S. 46.
17. RGBl. 1935, Teil 1, Nr. 6 S. 49-64, § 6 u. 32. Zur komplizierten Genese der DGO im Spannungsfeld zwischen Partei, Staat und gemeindlicher Selbstverwaltung siehe Matzerath, Nationalsozialismus und kommunale Selbstverwaltung, Stuttgart 1970, S. 132-164.
18. Bereits am 14.7.33 – ein knappes halbes Jahr nach der Machtergreifung – wurde Deutschland nach Selbstauflösung (Selbstgleichschaltung) und Verbot sämtlicher politischer Parteien, mit Ausnahme der NSDAP, durch das Gesetz gegen die Neubildung von Parteien zum Einparteienstaat. RGBl. 1933, Teil 1, Nr. 81, S. 479.
19. RGBl. 1935, Teil 1, Nr. 6, S. 49-64, § 51 f.
20. Ebda. § 48.
21. Matzerath (wie Anm. 18), S. 291.
22. RGBl. 1935, Teil 1, Nr. 6, S. 49-64, § 55.
23. StA DT D 106 Detmold Nr. 1571.
24. Vgl. dazu allg. Matzerath (wie Anm. 18), S. 92 f., S. 159, S. 289-300.
25. StA DT D 106 Detmold Nr. 1462.
26. StA DT D 106 Detmold A Nr. 2291 f.
27. StA DT D 106 Detmold A Nr. 2291, Bl. 71v.
28. Ebda. 2291 und 2292. Vgl. auch StA DT D 106 Detmold Nr. 1521. Allg. zur Problematik der materiellen Dienstbarmachung gemeindlicher Ressourcen für Parteizwecke, vgl. Matzerath (wie Anm. 18), v.a. S. 370-381.
29. RGBl. 1935, Teil 1, Nr. 6, S. 49-64, § 41.

30. RGBl. 1933, Teil 1, Nr. 34, S. 175 ff. Bezeichnenderweise wurde es von nationalsozialistischen Zeitgenossen auch ebenso treffend wie zynisch als Gesetz über die Beseitigung von Beamten bezeichnet. Matzerath, Nationalsozialismus, S. 74.
31. Zur politischen Einstellung von Dr. Peters vgl. StA DT L 76 Gr. E Nr. 8a Bd. I. Bericht des Staatsministers Riecke an das Reichsfinanzministerium vom 20.11.1933. Wulfmeyer (wie Anm. 11), S. 73, bezeichnet Peters ohne Quellenangabe irrigerweise als DNVP-Mitglied.
32. StA DT L 113 Nr. 1254, Bl. 20.
33. Vgl. dazu auch Wulfmeyer (wie Anm. 11), S. 73 f.
34. StA DT D 106 Detmold A Personalakte Dr. Peters, Bl. 235v.
35. StA DT L 80 Ia Gr. III Tit. 4 Nr. 1 Bd. XXI.
36. Ebda.
37. „Lippische Post“ vom 14.3.1933.
38. Vgl. auch die Schilderung Kellers gegenüber dem Oberstaatsanwalt Dr. Tornau in StA DT L 80 Ia Gr. VI Tit. 2 Nr. 10.
39. Gerhard Schulz, Die Anfänge des totalitären Maßnahmenstaates, Frankfurt 1974, S. 168, führt allg. zu dieser Gruppe von Spitzenbeamten aus: „Man bot 'nationalsozialistische Überzeugung' und 'Ehrenwort' an. Doch mancher Verzicht auf Charakter kam zu spät, um noch zu eigenem Nutz und Frommen auf der Woge der nationalen Revolution emporgetragen zu werden; man landete trotz allen Aufwandes im Wellental der Leidtragenden und Benachteiligten, aus dem es erst ein spätes oder doch gar kein Aufsteigen mehr gab“.
40. StA DT L 80 Ia Gr. III Tit. 4 Nr. 1 Bd. XXI.
41. StA DT L 80 Ia Gr. VI Tit. 2 Nr. 10. Aktenvermerk Oberstaatsanwalt Dr. Tornau vom 12.5.1933.
42. StA DT D 21 B Zg. 34/76 Nr. 121, Bl. 18 ff., 79a u. 83 ff.
43. StA DT L 80 Ia Gr. III Tit. 4 Nr. 1 Bd. XXI sowie D 106 Detmold A Personalakte Dr. Peters.
44. „Lippische Landes-Zeitung“ (LLZ) vom 4.4.1933
45. StA DT D.106 Detmold A Personalakte Dr. Peters, Bl. 122.
46. StA DT D 21 B Zg. 34/76, Bl. 14.
47. StA DT D 106 Detmold A Personalakte Dr. Peters, Bl. 131 sowie L 80 Ia Gr. VI Tit. 2 Nr. 10.
48. StA DT D 106 Detmold A Personalakte Dr. Peters, Beiakte, Bl. 4
49. Zu diesen Vorgängen ausführlich die vierbändige Personalakte Winklers StA DT D 106 Detmold A. Zu Winklers politischer Haltung vgl. StA DT L 113 Nr. 1254, Bl. 21. Zu Segler vgl. bes. StA DT D 72 Helmuth Petri Nr. 8, Bl. 138 ff. Auch Segler wurde wie andere besonders radikale Nazis von der Lippischen Landesregierung bereits im Juni 1933 politisch weitgehend kaltgestellt und seiner wichtigsten Ämter enthoben. Vgl. dazu L 76 E Nr. 5a.
50. StA DT L 80 Ia Gr. III Tit. 4 Nr. 1 Bd. XXII.
51. RGBl. 1933, Teil 1 Nr. 34, S. 176.
52. StA DT L 80 Ia Gr. IV Tit. 5 Nr. 2 Bd. I.
53. StA DT D 106 Detmold A Personalakte Dr. Peters, Bl. 236 v. u. D 21 B Zg. 34/76 Nr. 121, Bl. 31.
54. StA DT L 80 Ia Gr. IV Tit. 5 Nr. 2 Bd. I. Zu Tornau vgl. Andreas Ruppert, Der Kreisleiter in Lippe. Zur Funktion einer Mittelinstanz der NSDAP zwischen Ortsgruppe und Gau. In: Lippische Mitteilungen 60 (1991), S. 199-229, hier: S. 219.
55. StA DT D 106 Detmold A Nr. 2291, Stadtratsbeschluß vom 5.9.1933, Bl. 183.

56. StA DT L 113 Nr. 459, Bl. 30.
57. StA DT D 106 Detmold A Personalakte Dr. Peters.
58. StA DT L 80 Ia Gr. III Tit. 4 Nr. 1 Bd. XXII.
59. So sein damaliger Anwalt im Jahre 1948. StA DT D 21 B Zg. 34/76 Nr. 121, Bl. 31.
60. StA DT L 116 Nr. 112, S. 47.
61. StA DT D 106 Detmold A Personalakte Dr. Peters, Bl. 233.
62. StA DT D 106 Detmold A Personalakte Dr. Peters, Bl. 236v. Ebda. Bl. 233 Konzept der Verfügung sowie in der Beiakte, Bl. 21, der Entwurf des Kellerschen Kondolenzschreibens an die Witwe Peters.
63. StA DT D 106 Detmold A Personalakte Dr. Peters, Bl. 235.
64. StA DT L 113 Nr. 1254, Bl. 20.
65. StA DT L 80 I Pers. Nr. 368 sowie L 116 Nr. 112 Bd. 1, S. 2 u. 47.
66. Vgl. dazu Bernd Hey, Zur Machtergreifung in Westfalen und Lippe. In: Die Nationalsozialistische Machtergreifung – Der 30. Januar 1933 in Rheinland Westfalen Lippe, Hg. Landeszentrale für Politische Bildung, Düsseldorf 1983, S. 63-81, hier: S. 71.
67. Horst Lademacher, Machtergreifung in der Rheinprovinz. In: wie vor, S. 25-51, hier: S. 48 f.
68. Zu Moes vgl. Norbert Sarhage, Bünde zwischen 'Machtergreifung und Entnazifizierung', Geschichte einer westfälischen Kleinstadt von 1929 bis 1953, Bielefeld 1990, S. 120-131. Zu Gräfer vgl. Hanne und Klaus Pohlmann, Kontinuität und Bruch, Nationalsozialismus und die Kleinstadt Lemgo, Bielefeld 1990, S. 93-105.
69. Matzerath (wie Anm. 18), S. 257.
70. LLZ vom 3.11.1933, HStA D NW 1060-Jg. 1948 Nr. 2052, Bl. 48. sowie StA DT L 113 Nr. 745, Bl. 102.
71. StA DT L 80 Ia Gr. III Tit. 4 Nr. 1 Bd. XXII.
72. StA DT L 76 Gr. E Nr. 8a Bd. 1.
73. LLZ vom 3.11.1933.
74. StA DT L 113 Nr. 313, Bl. 1.
75. StA DT L 80 Ia Gr. III Tit. 4 Nr. 1 Bd. XXII.
76. Bereits 1936 bezichtigte die Ortsgruppe Detmold-Süd Keller einer zu laxen Handhabung der politischen Überprüfung der neueinzustellenden städtischen Angestellten und Arbeiter. StA DT L 113 Nr. 459, Bl. 101.
77. StA DT L 80 Ia Gr. III Tit. 4 Nr. 1 Bd. XXII. Verfügung vom 19.1.1937.
78. Ebda. Erlaß vom 20.3.1937.
79. StA DT L 113 Nr. 958, Bl. 17. Schreiben vom 24.12.1938.
80. StA DT L 113 Nr. 958, Bl. 23. Schreiben vom 31.1.1939.
81. StA DT L 113 Nr. 958, Bl. 30. Schreiben vom 3.2.1939.
82. HStA D NW 1060-Jg. 1948 Nr. 2052, Bl. 19.
83. Ebda.
84. Ebda. Bl. 18.
85. Ebda. Bl. 48.
86. „Lippischer Kurier“ vom 3.4.1933.
87. StA DT D 106 Detmold A Nr. 2291, Stadtratsprotokolle vom 6. und 24.4.1933. Zu den politischen Qualifizierungen der städtischen Beamten vgl. hierzu und im folgenden das obengen. Dossier in: StA DT L 113 Nr. 1226 Bl. 20 f.
88. StA DT D 106 Detmold A Nr. 2291, Stadtratsprotokolle vom 6. u. 10.4.1933.
89. StA DT D 106 Detmold A Nr. 2291, Stadtratsprotokoll vom 6.4.1933.
90. Schröder wurde bereits am 1. Mai zum Verwaltungsaktuar und am 1. Dezember 1933 zum Inspektor und 1. Bürobeamten mit Befugnis zur Vertretung der Vertretung

- der Stadtverwaltung Detmold nach aussen ernannt. StA DT D 106 Detmold A Nr. 2291, Stadtratsprotokolle vom 19.4., 18.7. sowie 4.12.1933.
91. In jenen Tagen des Umbruchs scheint überhaupt der Einfluß der vormals zahlenmäßig kleinen und nach dem 15. bzw. 30.1.33 rasant anwachsenden Detmolder NSBO auf die Spitze der Stadtverwaltung so groß gewesen zu sein, daß in der kleinen Residenzstadt das Gerücht umlaufen konnte, die NSBO habe eine Beurlaubung und Inschutzhaftnahme des Bürgermeisters Dr. Droegenkamp veranlaßt. Schreiben vom 2.3.1933 der NSBO-Kreisleitung an den NS-Stadtrat Flaskamp, in dem sich die NSBO gegen dieses Gerücht wehrte und für Droegenkamp einsetzte. StA DT L 113 Nr. 1226, Bl. 39.
 92. StA DT L 113 Nr. 1226, Bl. 186 u. 200. Ob es zum Aushang der Bekanntmachung kam, ließ sich nicht ermitteln.
 93. Hierzu und im folgenden zu den personellen Veränderungen im Gas- und Wasserwerk im Frühjahr 1933. StA DT D 106 Detmold Nr. 2196, L 113 Nr. 1226 sowie L 80 Ia Gr. III Tit. 4 Nr. 1 Bd. XXI.
 94. Vgl. dazu Wulfmeyer (wie Anm. 11), S. 114 ff. Zu Rostecks Person bes. L 76 E Nr. 5a u. 6a.
 95. Mit Verordnung der Landesregierung vom 18.3.1933 war allen Betriebsobmännern und Betriebsräten, die der KPD angehörten, die Ausübung ihrer Befugnisse untersagt worden. Lipp. Gesetz-Sammlung 1933, Nr. 11, S. 29.
 96. StA DT L 113 Nr. 469, Bl. 50.
 97. Eine zeitgenössische Auflistung der Schutzgefangenen in der JVA Detmold gibt für Ziegenbein die Zeiträume 2.-10.3., 13.3.-11.5.33 und 2.6.-13.7. an; für Lutsch ebenfalls 2.-10.3. sowie 13.3.-16.4.33. StA DT D 22 Detmold Zgg. 31/86.
 98. Ebda.
 99. StA DT L 80 Ia Gr. III Tit. 4 Nr. 1 Bd. XXI.
 100. Ebenfalls am 10. April wiederholte die Stadt die fristlose Kündigung der neun Arbeiter zum 10. April unter Berufung auf Art. 2 des Reichsgesetzes über Betriebsvertretungen und über wirtschaftliche Vereinigungen vom 4.4.1933. „Das im § 84 des Betriebsrätegesetzes vorgesehene Recht des Einspruchs gegen die Kündigung eines Arbeitnehmers besteht nicht, wenn die Kündigung mit dem Verdacht staatsfeindlicher Einstellung begründet wird.“ RGBI. 1933, Teil 1, Nr. 31, S. 161.
 101. StA DT D 106 Detmold Nr. 2196.
 102. StA DT L 80 Ia Gr. III Tit. 4 Nr. 1 Bd. XXI.
 103. StA DT D 106 Detmold Nr. 2196.
 104. StA DT D 100 Detmold Zg. 1/88 Nr. 175.
 105. StA DT D 22 Detmold Zg. 31/86.
 106. Zum Problemkreis der pol. Denunzition vgl. in diesem Band den Beitrag von Gisela Diewald-Kerkmann.
 107. StA DT D 106 Detmold Nr. 2196.
 108. StA DT D 106 Detmold Nr. 2196.
 109. StA DT L 80 Ia Gr. III Tit. 4 Nr. 1 Bd. XXI.
 110. StA DT D 106 Detmold A Nr. 2614.
 111. Zur wirtschaftlichen und finanziellen Entwicklung Detmolds der Jahre 1933 ff. vgl. den Bericht Kellers an die Landesregierung in StA DT L 113 Nr. 457, Bl. 114 ff. Zusätzlich zur personellen Entwicklung D 106 Detmold A Nr. 2587.
 112. Vgl. dazu L 80 Ia Gr. III Tit. 18 Nr. 1. 85 Beamte und 89 Angestellte sowie 60 Aus-hilfsangestellte im Dez. 1941 (ebda.).
 113. StA DT L 113 Nr. 469, Bl. 49 f.

114. Vgl. dazu auch die städtische Aufstellung vom Frühjahr 1937. StA DT D 106 Detmold Nr. 1673.
115. StA DT L 113 Nr. 452, Bl. 19 ff.
116. StA DT D 106 Detmold Nr. 1673.
117. Vgl. dazu allg. Matzerath (wie Anm. 18), S. 85 ff.
118. Zum Problem der Versorgung der alten Kämpfer in Lippe allg. Ruppert (wie Anm. 54), S. 218 f.
119. StA DT L 76 Gr. B Nr. 22 d-f, D 106 Detmold A Nr. 2283, L 113 Nr. 958 sowie L 80 Ia Gr. III Tit. 18 Nr. 1 Bd. 1.
120. 14644 gemeldete Arbeitslose am 28.2.1933. StA DT L 79 Nr. 8718 Bl. 7. Die versteckte Arbeitslosigkeit wurde vom Leiter des Detmolder Arbeitsamtes, Dr. Bargheer, auf ca. 11.000 Personen beziffert. StA DT L 113 Nr. 457 Bl. 42.
121. 1. Nationalsozialistischer Heimatkalender für Lippe, 1 (1934), S. 55.
122. Zu Lemgo, vgl. Pohlmann (wie Anm. 68), S. 62-64; zu Horn, demnächst die Stadtgeschichte hg. v. Jens Buchner; zu Oerlinghausen, Jürgen Hartmann, Nationalsozialismus in Oerlinghausen – Machtergreifung und Herrschaftssicherung, Staatsexamensarbeit Bielefeld 1985, S. 74 ff.
123. So waren im Oktober 1936 alle Beamte und Angestellte Mitglieder der NSV. StA DT D 106 Detmold Nr. 1521.
124. StA DT D 106 Detmold A, Personalakte Dr. Schmitz, Bl. 33.
125. Matzerath (wie Anm. 18), S. 327.
126. Allg. dazu, Matzerath (wie Anm. 18), S. 433 ff.